

I2 Innenpolitische Wende

Gremium: Landesausschuss
Beschlussdatum: 07.10.2023

Antragstext

1 Thüringen hat ein Polizei- und Justizproblem. Die Thüringer Polizei hat, das
2 illustriert der Prozess gegen Thorsten Czupon (AfD) und die Vorgänge in Gera am
3 Tag der Arbeit eindrücklich, ein massives Problem mit rechtsextremen
4 Polizist:innen. Wir müssen jetzt handeln, um diese Personen zeitnah aus dem
5 Polizeidienst zu entfernen. Die Jusos Thüringen fordern die SPD Thüringen auf,
6 sich noch in dieser Legislaturperiode für eine **Änderung des Thüringer**
7 **Beamten-gesetz** einzusetzen, um Polizist:innen die durch rechtsextreme Äußerungen
8 oder Handlungen auffallen, Mitglied von „Chatgruppen“ oder der faschistischen
9 AfD sind rechtssicher und zeitnah aus dem Polizeidienst zu entfernen. Zusätzlich
10 schafft der Landtag die Möglichkeit, um **Kronzeugenprogramme** für Polizeibehörden
11 zu schaffen. So können Beamt:innen die etwa Mitglied einer rechtsextremen
12 Chatgruppe sind, solche Vorfälle künftig melden und im Gegenzug mit reduzierten
13 disziplinar- und strafrechtlichen Sanktionen rechnen.

14 Zusätzlich müssen wir feststellen, dass in der Thüringer Polizei ein
15 problematisches Korpsdenken vorherrscht. Polizist:innen weigern sich selbst bei
16 Gewaltdelikten effektiv gegen andere Polizist:innen zu ermitteln. Zugleich
17 können vor Gericht ganz regelmäßig Falschaussagen von Polizist:innen beobachtet
18 werden, um andere Beamte vor Strafverfolgung zu schützen. Gleichzeitig ermitteln
19 bei einer Strafanzeige gegen Polizist:innen immer noch die Polizist:innen selbst
20 oder Kolleg:innen, teils aus derselben Dienststelle gegen die Beschuldigten. Das
21 hat erhebliche Folgen: Personen, die Opfer von Polizeigewalt sind, trauen sich
22 aus Angst vor staatliche Repressionen oft nicht Anzeige zu erstatten.[\[1\]](#) Um hier
23 ein rechtsstaatliches Verfahren sicherzustellen, das die Rechte der Bürger:innen
24 schützt, brauchen wir eine unabhängige Behörde die gegen Polizist:innen
25 ermittelt. Das Modell des „Thüringer Polizeibeauftragten“ ist gescheitert. Es
26 genügt nicht, eine Ansprechperson zu schaffen, die die Ermittlung dann doch
27 wieder an die Polizei abgibt, wo die Ermittlungen wieder versanden. Deswegen
28 fordern wir eine unabhängige Stelle, die dem Thüringer Ministerium für
29 Migration, Justiz und Verbraucher Schutz unterstellt ist und organisatorisch an
30 die Staatsanwaltschaften angegliedert wird. Diese unabhängige Stelle bearbeitet
31 alle Strafverfahren gegen Beschuldigte Polizist:innen. Die dort arbeitenden
32 Beamt:innen werden zu Ermittlungspersonen der Staatsanwaltschaft, mit den
33 entsprechenden Rechten und Pflichten erklärt. Für die nötige Fachkompetenz bei

34 Ermittlungsarbeiten, können Beamt:innen aus dem Polizeivollzugsdienst übernommen
35 werden. Diese müssen eine verpflichtende Schulung durchlaufen und werden
36 langfristig nur in der neu geschaffenen Behörde eingesetzt, um eine objektive
37 Ermittlungstätigkeit zu ermöglichen.

38 **Kommt es zu einer Verurteilung müssen Beamt:innen grundsätzlich in den**
39 **Innendienst versetzt werden und sofern die Voraussetzungen vorliegen, auch aus**
40 **dem Dienst entfernt werden.** Wer einmal rechtswidrige Gewalt gegenüber
41 Bürger:innen ausübt, soll nicht in erneut in die Lage versetzt werden, so zu
42 handeln. **Zusätzlich schafft der Landtag die gesetzlichen Voraussetzungen für ein**
43 **Whistleblowerprogramm.** Hier erhalten Polizist:innen, die rechtswidriges
44 Verhalten auf Seiten ihrer Kolleg:innen feststellen, die Möglichkeit, dieses
45 anonym zu melden, ohne sich dem sozialen Druck und gewalttätigen Repressalien
46 von Kolleg:innen auszusetzen. Die entsprechende Meldung wird dabei bestenfalls
47 gar nicht und wenn überhaupt nur anonymisiert in polizeiliche Datenbanken wie
48 INPOL etc. eingetragen.

49 [\[1\]https://www.zeit.de/gesellschaft/2023-05/polizeigewalt-studie-tobias-](https://www.zeit.de/gesellschaft/2023-05/polizeigewalt-studie-tobias-singelnstein-kviapol)
50 [singelnstein-kviapol](https://www.zeit.de/gesellschaft/2023-05/polizeigewalt-studie-tobias-singelnstein-kviapol)

Begründung

Erfolgt mündlich.